

Bundesregierung gibt Kürzung der Renten um 8% bis 2025 zu, verschweigt aber, die Inflationseinflüsse.

(-Bericht Leipziger Volkszeitung vom 22.01.2012 „Bundesregierung bestätigt Rentenkürzung von 8% im Jahre 2025 durch modifizierte Rentenanpassungsformel“)

Ergänzung 27.01.12 um den Einfluss der Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre der sich bei den heute etwa 55-Jährigen dann zusätzlich bemerkbar machen wird

Erstmals hat das Bundesarbeitsministerium auf eine Bundestagsanfrage jetzt errechnet, dass für den pflichtversicherten Durchschnittsverdiener eine faktische Kürzung der Durchschnittsbruttorente im Jahre 2025 von 146 EUR brutto monatlich eintreten wird, was etwa 8% Einbuße bedeutet.

Der parlamentarische Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel (CDU) im Bundesarbeitsministerium führte dazu aus:

„bliebe es beim bisherigen Sicherungsniveau von 50,2 Prozent, läge die Bruttostandardrente im Jahr 2025 bei 1.814 EUR. Das wäre 146 EUR mehr als der im Rentenversicherungsbericht 2011 ausgewiesene Wert von 1.668 EUR. Um das bisherige Sicherungs-Niveau zu halten müsste der derzeitige Beitragssatz von 20,9% auf 22,4% erhöht werden. **Ein Teil der neuen Rentenformel ist aber die Begrenzung der Beiträge auf max. 22%.** Aktuell liegt die Brutto-Standardrente bei 1.238 EUR .“

Aber bei dieser Betrachtung ist zu berücksichtigen, dass die modifizierte Rentenanpassungsformel der Schröder'schen Rentenreform keine Rücksicht auf die Inflation nimmt. Deren Einfluss auf die Kaufkraft ist in der Formel nicht abgebildet.

Wenn man den Inflationseinfluss mal abschätzend bis 2025 bewertet, ist zu berücksichtigen, dass hier für uns Normalbürger generell ein hohes Risiko lauert, denn die europäischen Regierungen und die US-Regierung wollen über ein hohes „kontrolliertes“ Inflationsniveau ihre Schulden drücken, so wie es die Amerikaner und die Briten schon einmal erfolgreich nach dem 2. Weltkrieg gemacht haben.

Damals lag die jährliche Inflationsrate viele Jahre in beiden Ländern um die 5%. Durch die selbe Inflation, die die Staaten entlastet, werden unsere privaten Guthaben aufgefressen und entwertet, die wir mühsam vom versteuerten Einkommen gespart haben.

Daher rechne ich einmal mit einer Durchschnittsinflation von knapp unter 2,5% von 2011 (war 2,6%) bis 2025: (was als eher konservative Annahme zu werten ist)

Das Ergebnis ist, dass die Kaufkraft von 2011 bis 2025 sich um 31% auf noch 69% des Wertes von 2011 verringert haben wird.

Da die Rentenkürzung und die Inflation sich verschärfend überlagern, sind von den 69% verbliebener Kaufkraft nochmals 8% Rentenverringerung abzuziehen. 8% von 69 = 5,52% Also wird voraussichtlich die „nominale Rentnerkaufkraft in 2025“ noch 64,5% von 2011 betragen.

Doch das ist noch nicht alles !!!

Es kommt noch bedeutend schlechter, je nach dem, ob man heute schon Rentner ist, oder etwa in 10 Jahren Rentner wird.

„**nominale Rentnerkaufkraft 2025**“ wurde als Begriff von mir deshalb gewählt, weil der Staat, die Krankenkassen und die Pflegeversicherung und die Kommunen schon weitere Schmälerungen der Rentenanwartschaften konzipiert haben und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit weitere Schmälerungen der Rentenauszahlungsbeträge bis 2025 „erfinden“ werden, um durch Abzüge vom Auszahlungsbetrag der über 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner noch mehr an Geld herauszupressen.

Beispiel für bereits eingeführte De-Facto-Abzüge:

Die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre. Erste Schätzungen von Fachleuten, ohne die Schönfärberei von Frau Ministerin Von der Leyen, besagen, dass etwa 25% aller über 65-jährigen Rentenversicherungspflichtigen eine Chance haben dürften, künftig in einem normalen Arbeitsverhältnis bis zum 67. Lebensjahr berufstätig zu sein. Die große Mehrheit jedoch wird man, mangels Beschäftigungsmöglichkeiten mit 65

„vorzeitig“ in Rente schicken.

Das bedeutet für sie einen 7,2%-igen zusätzlichen Rentenabzug wegen „Frühverrentung“, während sie, obwohl derzeit noch im Arbeitsprozess, die Rentenkürzungen der Schröder'schen Reformen über die Kürzung ihrer Rentenanwartschaften automatisch mit erleiden.

Die „tatsächliche zu erwartende Rentnerkaufkraft in 2025“ wird daher eher bei 60% als bei 64% liegen, wenn die heutigen Gesetze unverändert bestehen bleiben, und für die später in Rente gehenden Beschäftigten, deren gesetzliches Renteneintrittsalter nach und nach bis 67 ansteigt, werden im Endstadium nochmals um max. 7,2% in Abzug kommen, wegen der „Frühverrentung“.
Die Renten dieser Personen werden deutlich unter der 60%-Kaufkraft in 2025 liegen.

Das bedeutet: um 2025 die gleiche Kaufkraft wie 2011 zu halten, müsste das heutige Grundsicherungsniveau von ca. 700.- EUR/Monat dann auf 1.166 EUR gestiegen sein.

Das bedeutet auch, dass wir in Deutschland in nur 13 Jahren ein Heer von mindestens 10, eher 12 Millionen Grundsicherungsrentnern haben werden und dass unsere gesamte Gesellschaft, aufgrund der breiten Armut einer Gruppe von 10 bis 12 Millionen Rentnern, darunter besonders viele Frauen, und der breiten Armut von über 10 Millionen Niedriglöhnern, (heute sind es bereits 9 Millionen, Tendenz stark zunehmend) in große Gefahr gerät.

Warum sollten diese Bürger unseren Staat noch schätzen, der sie systematisch ausgebeutet und verarmt hat und ihnen die Rentenansprüche mit fadenscheinigen Formeln herunter gerechnet hat, um sich aus den so frei werdenden Anteilen der Pflichtbeiträge die Konten zu füllen?

Warum sollten diese Bürger, die täglich erleben, dass eine Justiz nach Klassenrecht urteilt und die Großen, Reichen und Beamten bevorzugt, während sie die gemeinen Bürger schnell abstruft, noch an ein gerechtes Gesellschaftssystem glauben?

Warum sollten diese Bürger, die wöchentlich erfahren, dass führende Politiker dieses Landes sich persönliche Vorteile verschaffen, sich Karrieren nach Amtsende in genau der Wirtschaftsbranche vorbereiten, die sie bisher Kraft Amtes zu beaufsichtigen oder zu regulieren hatten, noch glauben, dass solche Amtsträger sich an den geleisteten Amtseid halten werden?

Die zu erwartenden Veränderungen in unserem Land werden alles in den Schatten stellen, was man sich bisher so vorstellt !!! Die gesellschaftliche Spaltung durch die gezielt herbeigeführte Verarmung einer großen Masse der Bürger in unserem Land und durch die Vernichtung des abhängig arbeitenden Mittelstandes mit gutem und recht sicherem regelmäßigem Einkommen, wird zur Auflösung unserer heutigen Gesellschaftsstruktur führen.

Reiche und Beamte werden in abgeriegelten Stadtvierteln wohnen, die wir anderen nicht betreten dürfen, außer als Dienstleistungs- und Hauspersonal.

Aber, lassen Sie es mich so sagen:

Mauer-Erfahrung gab es ja schon in Berlin und gibt es bis heute rund um Jerusalem und gibt es ganz selbstverständlich um die Zentren vieler amerikanischer Großstädte, um die Menschen aus den Armen-Ghettos von den anderen, den „Privilegierten“, fernzuhalten.

Es ist abzusehen: ohne gravierende Korrekturen wird unsere heutige Gesellschaft bald im Chaos verschwinden!!

Es ist für mich absolut unverständlich, dass die regierenden Persönlichkeiten, die Wirtschaftswissenschaftler und Volkswirtschaftler nicht zu sehen scheinen, auf welchem gefährlichen Weg uns der Neo-Liberalismus gebracht hat. Einige führende Wirtschaftsleute sind da schon weiter, dringen aber bei ihren „gierigen“ Kollegen noch nicht durch.

Wann werden die Bürger endlich wach?

Es muss heute gegengesteuert werden !!!!